



## Handlungsfähigkeit der Strafverfolgungsbehörden sichern

Die Innenminister des Bundes und der Länder einigten sich 2016 auf die sogenannte „Saarbrücker Agenda“ zur Modernisierung und Vereinheitlichung der polizeilichen IT-Architektur. Ein wichtiges Ziel der Modernisierung der polizeilichen IT-Infrastruktur besteht darin, dass polizeiliche Informationen zukünftig leichter als bisher zwischen den Polizeibehörden des Bundes und der Länder ausgetauscht werden können.

Ein verbesserter polizeilicher Informationsaustausch stand auch im Mittelpunkt der Bemühungen des BMI, eine „verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform“ (VeRA) des US-Softwareherstellers Palantir Technologies auf Bundesebene einzuführen, die bereits von den Polizeien der Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen in Form der Programme „HessenData“ und „DAR“ genutzt wird. Die Software „Bundes-VeRA“ sollte nun dazu beitragen, die Analysefähigkeit der Polizeibehörden von Bund und Ländern zu verbessern, um schwere und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Mit der Analyseplattform können verschiedene Polizei-Datenbanken gleichzeitig durchsucht werden und in Ermittlungsverfahren Querverbindungen sichtbar gemacht werden.

Obwohl das BMI das Projekt eines gemeinsamen polizeilichen Analyse-Programms zuvor ausdrücklich unterstützt hatte, entschied Bundesinnenministerin Nancy Faeser nun Anfang Juli 2023, dem Bundeskriminalamt sowie der Bundespolizei die Einführung der Analyse-Plattform „Bundes-VeRA“ zu untersagen. Stattdessen will die Ministerin ein eigenes Tool entwickeln, was Jahre dauern dürfte. Darüber hinaus sind die Länder, wie auch NRW, durch die Entscheidung der Hausleitung des BMI, die „Bundes-VeRA“ im Bundeskriminalamt und in der Bundespolizei nicht einzuführen, mit deutlich höheren Kosten konfrontiert, falls sie sich auf Landesebene eigenständig für einen Abruf der Analysesoftware entscheiden sollten.

Es ist enorm wichtig, dass die Bundespolizei, die Polizeien der Länder sowie alle weiteren Strafverfolgungsbehörden zu einem reibungslosen Informationsaustausch sowie zur Analyse großer Datenmengen befähigt sind. Daher ist es fachlich dringend notwendig, die Analysefähigkeiten der Sicherheitsbehörden zu verbessern, um relevante Tat- und Täterzusammenhänge zu erkennen. Hierfür ist es zwingend erforderlich, dass den Strafverfolgungsbehörden insbesondere bei der Bekämpfung schwerer Kriminalität, wie der Abwehr von Terrorismus, sexuellem Kindesmissbrauch oder der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, die dringend benötigten Analysetools bereitgestellt werden.

Deswegen fordert die CDU/CSU die Bundesregierung auf, dem Bundeskriminalamt und der Bundespolizei zur effektiven Bekämpfung schwerer Kriminalität, schnellstmöglich die Nutzung der verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform „Bundes-VeRA“ zu genehmigen und damit die Entscheidung vom Juli 2023 zu revidieren, mit welcher die Hausleitung des BMI dem Bundeskriminalamt sowie der Bundespolizei die Nutzung der „Bundes-VeRA“ untersagt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am vergangenen Dienstag ließ nicht nur mich verwundert zurück. Mit Worthülsen reagierte er auf die verfassungswidrige Haushaltsgestaltung der Ampel-Koalition. Lösungen präsentierte er nicht. Warum dann überhaupt eine Regierungserklärung, wenn man nichts erklärt? Im Bundestag erlebten

wir einen sprach- und orientierungslosen Kanzler. Und ich fürchte, es wird inzwischen immer klarer: die Ampel ist den Herausforderungen unseres Landes nicht gewachsen.

Die Konstruktion der Sondertöpfe zur Umgehung der Schuldenbremse, die Olaf Scholz ja selbst erfunden hat, war eine bewusste Manipulation der Verfassung, die einzig den Zweck hatte, die widersprüchlichen Wünsche der Ampelparteien zu erfüllen. Da hilft es der Regierung auch nicht, die Schuld wahlweise dem Verfassungsgericht oder der angeblich so nicht gedachten Schuldenbremse geben zu wollen. Als Mitglied der damaligen „Föderalismuskommission II“ habe ich an dieser Schuldenbremse mitgewirkt und kann aus eigener Anschauung sagen: Es waren und sind genau solche Tricksereien und Versuche, Schulden ohne transparente und stichhaltige Begründung aufzunehmen, die wir mit dieser Schuldenbremse unterbinden wollten. Denn es ging uns damals in der Kommission und heute in unserer Fraktion um eine generationengerechte und nachhaltige Finanzpolitik. Zügelloses Schuldenmachen hingegen vernichtet die Zukunft künftiger Generationen.

Statt nun endlich ein solides Konzept für die Haushaltsberatungen zu erarbeiten, verhalten sich weite Teile der Ampel eher wie Süchtige auf der Suche nach der „Droge Geld“.

Wir haben als Opposition konkrete Punkte benannt, worauf man achten muss und wo man sparen kann. Dazu aber muss man den Mut haben, auch Einschnitte vorzunehmen, auf Projekte zu verzichten und bestehende Ausgaben zu stoppen. Zum Beispiel muss das Bürgergeld in der jetzigen Form abgeschafft werden. Der Grundsatz des gleichzeitigen Förderns und Forderns muss wieder gelten. Wer Hilfe braucht, bekommt sie. Dafür muss man eigene Anstrengungen unternehmen und bereit sein, aktiv zu werden. Oder bei der sogenannten Kindergrundsicherung, wofür 5000 neue Beamten-Stellen von der Ampel geschaffen werden sollen. Die Regierung schafft neue Bürokratie und denkt dabei gar nicht an die Kinder. Das Geld kann besser investiert oder gleich eingespart werden.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

## Mercosur-Abkommen: Union warnt Grüne vor Scheitern

Aktuelle Stunde zur Wirtschaftswende - CDU/CSU wirbt für Freihandel - Mit Lateinamerika auf Augenhöhe verhandeln



Die Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Unternehmen müssen ihre Produktionsprozesse umstellen, um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermeiden. Verschiebungen im internationale Machtgefüge zwingen Deutschland zur Suche nach neuen Handelspartnern, die unsere Werte teilen. Ob die Bundesregierung die Weichen für die Wirtschaftswende richtigstellt, daran hat die CDU/CSU-Fraktion ihre Zweifel. In einer aktuellen Stunde des Bundestages fühlten Unionsabgeordnete der Ampel-Koalition auf den Zahn.

Als Grund für seine Zweifel führte Fraktionsvize Jens Spahn den Parteitag der Grünen an, auf dem die Delegierten kürzlich das geplante Handelsabkommen mit der lateinamerikanischen Wirtschaftsorganisation Mercosur in seiner gegenwärtigen Form abgelehnt hatten. Spahn warnte die Grünen in der Regierung vor „Spielereien“, die am Ende „bittere Konsequenzen“ für die Wirtschaft hätten.

Jens Spahn ging mit den Grünen hart ins Gericht: „Was gilt denn jetzt, der Beschluss vom Parteitag oder das Regierungsprogramm der Ampel?“ Eine zufriedenstellende Antwort der Regierung – ganz zu schweigen von den Grünen – erhielt er nicht.

Auf der einen Seite sind die Grünen in Regierungsverantwortung, wie Vizekanzler Robert. Auf der anderen Seite die Parteimitglieder. Spahn zitierte Habecks Worte vom Parteitag: „Macht euch klar, dass das kein Spiel ist, sondern Konsequenzen hat – so sprach der Vizekanzler schon fast flehend zu seiner Partei in Karlsruhe.“ Über Hausmacht scheint Robert Habeck in seiner eigenen Partei nicht mehr zu verfügen – und das als Vizekanzler! Jens Spahn machte klar: „Und er hat ja recht. Der Parteitag der zweitgrößten Partei der Ampel hat Konsequenzen [...]. Für Freihandel, für die Wirtschaft, aber auch darüber hinaus.“ Und jetzt? Das EU-Mercosur-Abkommen könnte endgültig auf Eis liegen. Doch die Grünen scheinen den Ernst der Lage nicht erkannt zu haben. Jens Spahn verdeutlicht:

„Wenn dieser Beschluss der Grünen Partei am letzten Wochenende der Todesstoß für das Mercosur-Abkommen war, [...], dann ist das tatsächlich kein Spiel mehr, dann ist das ein historisches Versagen und das wäre dann Ihre Verantwortung.“

*Foto: Tobias Koch*

## Datenschutz und Cybersicherheit für Autofahrer stärken

Die Digitalisierung in modernen Autos nimmt stetig zu. Zur Ermöglichung der Funktionen eines modernen Autos sind darin etwa Sensoren, Kameras, Mikrofone und Anwendungen mit Künstlicher Intelligenz eingebaut. Durch die digitale Vernetzung mit der Außenwelt können im Fahrzeug zudem neue Dienstleistungen und Funktionen bereitgestellt werden. Dadurch vergrößern sich jedoch auch die Angriffsfläche und damit die Bedeutung der Cyber-Sicherheit in modernen Fahrzeugsystemen. Neue Technologien können manipuliert werden. Cyber-Angriffe ermöglichen einen Einfluss auf die Fahrsicherheit. Moderne Autos eignen sich außerdem aufgrund ihrer zahlreichen Kameras und Sensoren möglicherweise auch zu Spionagezwecken.

Mit dem zunehmenden autonomen Fahren wird die Menge der Daten weiter steigen. Jenseits aller grundsätzlichen Datenschutz- und Cybersicherheitsfragen, ist insbesondere ein Zugriff von staatlichen Stellen aus Staaten, die sicherheitspolitisch eine Herausforderung darstellen können, als sehr problematisch zu betrachten. Die Übertragung personenbezogener Daten aus Autos heraus in Staaten außerhalb des Geltungsbereichs der DSGVO und damit der EU, ist daher aus Sicht der Unionsfraktion zu überprüfen und in einige Staaten auszuschließen.

Deswegen soll die Bundesregierung einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung vorgehen, der für eine Zulassung von Personenkraftwagen in Deutschland voraussetzt, dass die Daten, die durch im Pkw verbaute Steuergeräte – Mikrofone, Kameras, Sensoren, Schnittstellen und andere äquivalente Systeme – generiert werden, ausschließlich auf Servern in der Europäischen Union oder sicherheitspolitisch verbündeten Staaten weitergeleitet oder gespeichert werden.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 21/2023,  
01. Dezember 2023

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ Vi.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck